

Ökologische Linke

Das ungeweckte Potenzial der Menschen gegen die Faschisierung der Verhältnisse

Die Herrschenden von 20 der wirtschaftlich stärksten Staaten der Welt treffen sich am 7. und 8. Juli 2017 in Hamburg zum G20-Gipfel – unter deutschem Vorsitz. Sie wollen unter sich bleiben.

Die **Weltwirtschaftskrise**, die 2007 begann und bis heute anhält, veränderte die Themen der **G20-Treffen** 2008 und sie wurden Sache der Staatschefs, die versuchten bei Wahrung der Interessen des nationalen Kapitals gemeinsame Strategien zur Bewältigung der Krise zu finden. Der Kapitalismus stellt durch seine gesetzmäßigen Krisen die eigenen Verwertungsbedingungen selbst andauernd in Frage. Auf den Gipfeln versuchen die Staatschefs vor allem die Krisenauswirkungen einzudämmen.

Das deutsche Kapital ist äußerst exportorientiert und einer der größten Profiteure der nun bald 10jährigen Weltwirtschaftskrise. Der **deutsche Staat** sichert die weltweiten **Verwertungsbedingungen seines Kapitals**.

Über die Funktion der **SPD** gibt es mal wieder Illusionen. Als die SPD mit den Grünen regierte (1998–2005) zog sie nicht nur in die ersten Kriege seit 1945. Sie **stützte** auch den **Klassenkampf von oben** durch eine Flut von Steuererleichterungen für Reiche und Konzerne. Sie verschärfte den Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital zugunsten des Kapitals durch die Enthemmung der Leiharbeit, Schaffung eines Niedriglohnssektors, durch die Agenda 2010 und Hartz-IV. Die CDU brauchte nur daran anzuknüpfen.

Umso verrückter ist es, dass einige Menschen glauben, dass der SPD-Kanzlerkandidat Schulz Teile des rot/grün-gemachten sozialen Terrors korrigieren will, bloß weil er mit der Attitüde des kernigen Arbeiters auftritt. Auch eine **rot-rot-grüne Bundesregierung** unter Schulz' Führung würde die **Politik gegen Mensch und Natur** im Interesse des Kapitals fortsetzen. Zu den Wahlkampfversprechungen gehört ja nicht einmal, die Steuererleichterungen für das Kapital zurückzunehmen! Dass Menschen sich Illusionen über die SPD und SPD-geführte Regierungen machen, liegt an einer trübseligen Mischung aus Untertanengeist, Interesse und historischer Vergesslichkeit. Die sozialen Sicherungssysteme



bleiben zerschlagen, bis sich eine große Zahl von Menschen endlich auf den Straßen wehrt und ihre Kraft bündelt.

Die **Linkspartei** fährt eine Doppelstrategie. Der **nationale Flügel** um Spitzenkandidatin Sahra Wagenknecht will Stimmen gewinnen, indem er sich der Bewusstseinslage von AfD-Wähler*innen anpasst und sie damit letztlich in ihren inhumanen Weltbildern bestätigt. Dieser Kreis überschneidet sich personell mit Linkspartei-Politiker*innen, die den Antimilitarismus als Alleinstellungsmerkmal ihrer Partei herausstellen wollen. Jeder kritische Mensch weiß aber, dass die Linkspartei, hinge davon eine Beteiligung an einer Bundesregierung ab, **jede radikale Antikriegsposition sofort preisgeben** würde. So läuft es bei allen staatstragenden Parteien, die in einem kapitalistischen Zentrum regieren wollen. »Vorbild« sind die Grünen in der Fischer/Schröder-Regierung ab 1998.

Der **Reformismus** war seit dem 19. Jahrhundert das **leere Versprechen**, die Lohnabhängigen könnten den Kapitalismus durch vorsichtige Kämpfe und durch ihre Beteiligung am Staat »evolutionär« und schrittweise so lange verbessern, bis er sich, müde geworden, selbst abschafft. Unterschätzt wurde die **Fähigkeit des Kapitalismus**, neue Entwicklungen zu seinen Gunsten aufzusaugen und Mensch und Natur nur umso stärker auszupressen.

Ziel von Reformist*innen war und ist es, den konsequenten Klassenkampf der Lohnabhängigen zu verhindern. Die Beseitigung des Kapitalismus mittels einer sozialen Revolution wird als blutig und aussichtslos diffamiert. Reformist*innen aus sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften schufen im Verbund mit Staat und Kapital seit den 1960er Jahren die **»Sozialpartnerschaft«**. Der antagonistische **Widerspruch von Kapital und Arbeit** sollte überdeckt werden von »Kooperation« und »Gemeinsamkeit«. Das nützte nur dem Kapital.



empfohlene Termine

6. bis 8. Juli 2017, Hamburg
Aktionen und Demonstrationen gegen den G20-Gipfel

6. Juli 2017 »G20 WELCOME TO HELL«, ab 16 Uhr **Auftaktkundgebung**, ab 19 Uhr **Internationale antikapitalistische Demonstration**

7. Juli 2017 Aktionstag mit Aktionen am **Hafen und Aktionen und Blockaden an der Roten Zone**

8. Juli 2017
ab 11 Uhr **Internationale Großdemonstration**
»Grenzenlose Solidarität statt G20«

weitere Informationen: www.oekologische-linke.de,
<https://lg20tohell.blackblogs.org>,
<https://www.g20hamburg.org>,
<https://shutdown-hamburg.org>,
und <http://lg20-demo.de>

Angesichts der **Systemkonkurrenz** zwischen der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Staaten einerseits und den kapitalistischen Staaten andererseits sahen sich letztere gezwungen, – aber nur bis zum Zusammenbruch der Sowjetunion 1990/91 – im Klassenkampf **soziale Zugeständnisse** zu machen, solange die wirtschaftliche Konjunktur dies hergab. Lohnarbeitende durften in begrenztem Umfang am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben, oft auf Kosten der unterentwickelt gehaltenen Länder. Konsumfreiheit in den Grenzen der jeweiligen Klassen- und Schichtenzugehörigkeit ersetzt jetzt wirkliche Freiheit. Von deren Basis, der **sozialen Gleichheit**, war ohnehin nie die Rede.

Als der massenhafte Verarmungsprozess durch Agenda 2010, Hartz-IV und die Entrechtung lohnarbeitender Menschen durch den Niedriglohnssektor neue Höhepunkte fand, als dann seit 2007 die Weltwirtschaftskrise hinzukam, zerriss die Schere zwischen Arm und Reich. Große Teile der **Mittelschicht** wurden von Abstiegsängsten befallen und **verrohten**. Davon profitierten in den kapitalistischen Zentren rechtspopulistische und faschistische Parteien, in Deutschland die **AFD**. Ihre Wähler*innen wählen teilweise sogar gegen ihre eigenen ökonomischen Interessen, solange es Menschengruppen gibt (Sklavenarbeiter*innen, Bezieher*innen von Hartz-IV und vor allem Migrant*innen und Geflüchtete), deren Entwertung,

Demütigung und Erniedrigung sie genießen können. Faschistoide Ideolog*innen liefern die **völkischen Rechtfertigungen** von eigener Art, Lebensraum ohne »Fremde«, mit einheitlicher Kultur und Sprache. So wurde die **Bombe des Rassismus** entzündet.

Die dramatische und schubartige Rechtsentwicklung ist auch eine Folge des **jahrzehntelangen konterrevolutionären Rollbacks** gegen die von der Rechten verhasste, kulturell erfolgreiche aber politisch gescheiterte außerparlamentarische Revolte von 1968. Mit dem Zerfall der Sowjetunion beschleunigte sich die Konterrevolution in ganz Europa und fasste auch in den Ländern Fuß, die zuvor mit der Sowjetunion verbündet waren. Immer mehr Menschen auch in den kapitalistischen Zentren spüren jetzt die soziale Grausamkeit des Kapitalismus am eigenen Leib. Sie sind bereit, autoritären, offen antidemokratisch auftretenden Figuren eher zu glauben als deren bürgerlichen Gegenspieler*innen, weil die die ganze Scheiße ja vorbereitet und angerichtet haben.

Viele Menschen, deren Interessen von den etablierten Politiker*innen missachtet werden, öffnen sich rechtspopulistischem bis faschistischem Denken. **Kulturelle Rückständigkeit** und **soziale Ignoranz** machen sie **anfällig für autoritäre Konzepte**, sobald sie einen sozialen Abstieg oder das Herausfallen aus der kapitalistischen Verwertungslogik auch nur *befürchten*. Ihr autoritärer Charakter macht sie empfänglich für die sozialdarwinistische Propaganda vom legitimen Recht des Stärkeren. Der Rassismus war nie fort. Die soziale Verrohung tankt nun im Rassismus auf und umgekehrt.

Den notwendigen **Aufstand gegen Herrschaft und Ausbeutung** hat der autoritäre Charakter nicht im Angebot. Das Elend in der Welt, auf dem der Reichtum in den kapitalistischen Zentren wesentlich beruht, soll in der Ferne bleiben. Seine Opfer, die Geflüchteten, sollen nicht ins Land kommen, nicht die herrschende Ordnung stören. Das Sterben im Mittelmeer wird per Fernbedienung weggeschaltet.

Dass dieser umfassende gesellschaftliche Prozess Nazis aller Art stärkt, muss keinen denkenden Menschen verwundern. Oft genug führen Rassist*innen in unausgesprochenem »Auftrag« jener verrohenden Mittelschicht ihre **Mordanschläge** gegen Geflüchtete, Migrant*innen, Obdachlose und auch gegen Menschen aus, die in Opposition zu reaktionären, nationalistischen Vorstellungen stehen.

Im Schatten der großen rassistischen Welle gedeiht der uralte **Antisemitismus** in neuen Erscheinungsformen. 70 Jahre nach dem Ende der Shoah, nach Auschwitz, ist er längst im deutschen Alltag angekommen. Oft versteckt er sich hinter verschlüsselten antisemitischen Sprachcodes und Bildern. Er wartet bis seine Zeit gekommen ist, wieder offen und gewalttätig auszubrechen. Es sind keine großen, wirksamen Gegenmaßnahmen zu beobachten. Im Gegenteil: auch links von der Mitte sind neue Varianten wie

der antizionistische Antisemitismus zu finden. Sie speisen **völkische Querfrontprojekte** mit breiten Brücken ins nationale Lager etwa der Linkspartei, die aus wahltaktischen Gründen darüber keinen Streit führt und deshalb seine Ausbreitung zulässt.

Hinter dem neuen US-Präsidenten Donald **Trump** stehen nicht nur Rechtsextreme wie der Nazi-Ideologe Steve Bannon, der von der Entfesselung eines Bürgerkriegs träumt, sondern vor allem bedeutende **Faktionen des US-Kapitals**. In ihren Augen scheint die Zeit gekommen, lästige bürgerlich-demokratische Bastionen einzureißen – für mehr Profit und ungestörte Herrschaft und möglicherweise für sehr lange Zeit.

Im kapitalistischen Zentrum EU-Europa ist **Ungarn** auf dem Weg in den Faschismus bisher am weitesten fortgeschritten. In **Frankreich** gewinnen die Faschist*innen des Front National (FN) mit Marine Le Pen weiter an Einfluss. Die nationalen rechtspopulistischen bis faschistischen Kräfte in EU-Europa vernetzen sich immer enger und setzen sich auch in Regierungen fest.

In der **Türkei** errichtet die AKP unter Führung von Präsident Recep Tayyip Erdoğan in schnellen Schritten eine islamistisch-faschistoide Diktatur. Sie wollen die unter Mustafa Kemal Atatürk 1923 gegründete demokratische Republik mit ihrer säkularen Ausrichtung endgültig zerstören.

Unter dem Vorwand des Kampfes gegen den internationalen Terrorismus treiben auch bürgerliche Parteien die Zerstörung rechtsstaatlicher Prinzipien voran und spielen den Rechtsextremen in die Hände. In Wirklichkeit ist der sogenannte Kampf gegen den Terrorismus, dem sich auch die G20-Staaten in Hamburg wieder einmal verpflichten wollen, der Kampf gegen diejenige Version des bürgerlichen Staates, in dem noch gewisse Freiheitsrechte gelten, auch wenn sie nicht immer wirksam sind und uns immer zu gering waren. Die Herrschenden wollen die Errungenschaften der französischen Revolution und die **Freiheitsversprechen** der bürgerlichen Aufklärung endgültig beseitigen. Was sie als vermeintliche Sicherheit propagieren, ist in Wirklichkeit Überwachung, Repression und Unterdrückung. Es geht ihnen um die totale Herrschaft, die jegliche Hindernisse für die Profitmaximierung beseitigt.

Das Konzept der »Sozialpartnerschaft« zwischen Lohnarbeit und Kapital ist mit seiner Ideologie der »Versöhnung« des Antagonistischen anschlussfähig an das Konzept der **Volksgemeinschaft**. Ähnlich wirken auch die freiwillige Unterwerfung der Lohnabhängigen unter die Vorgaben des nationalen Kapitals (»Standortinteresse«) und die rassistische Abgrenzung gegen die »Anderen«, die Geflüchteten. Die »deutsche Kultur« ist eine ebensolche ideologische Konstruktion wie das »deutsche Volk«. Das fortschreitende **völkische Denken** lässt sich jedes Jahr auch am 3. Oktober beobachten. In diesem Jahr finden die **deutschnationalen Jubelfeiern** in Mainz statt. **Wir sehen uns!**

Ökologische Linke Kontakt & Information:

Bundeskontaktadresse:

Manfred Zieran
Neuhofstr. 42
D-60318 Frankfurt/Main
Tel. +49/(0)69/599270

www.oekologische-linke.de

E-Mail: info@oekolinx-arl.de

Spenden bitte an:

Ökologische Linke
Frankfurter Sparkasse 1822
IBAN: DE67 5005 0201 0200 5006 51
BIC: HELADEF1822

Die **antiautoritäre radikale Linke** muss versuchen, dem rechten Vormarsch Einhalt zu gebieten. Es ist ihre **Aufgabe**, die Verhältnisse im kapitalistischen »Normalbetrieb« und in seinen extremen Erscheinungsformen zu **demaskieren**. Sie muss den Kampf gegen die faschistische Bewegung in all ihren Facetten verbinden mit einer Offensive gegen die Umdeutung der Geschichte, gegen die Umwertung emanzipatorischer Errungenschaften, gegen die soziale Kälte – und für ein anderes Leben, **jenseits der Verwertungslogik des Kapitals**.

Wer Menschen, die den Weg in die Inhumanität beschreiten, mit einigen Rosinen ködern will, muss versagen. Der Streit lohnt nur mit denen, die noch an der Wegscheide stehen. Das relativ bequeme sich Einrichten Vieler im heimatlichen nationalen Klassenkompromiss kann überhaupt nur in den kapitalistischen Zentren funktionieren, weil Staat und Kapital die meisten brutalen Folgen der kapitalistischen Ausbeutung exportiert haben. Das Zugehen auf »besorgte Bürger« kann für **antinationale sozialrevolutionäre Linke** niemals eine Option sein.

Das Erstarken der Rechten ist *auch* ein Ausdruck der Schwäche der Linken – aber nicht ihre Schuld! –, Menschen eine nachvollziehbare und aussichtsreiche Perspektive zu bieten. Es geht um den langfristig angelegten Versuch, in gemeinsamen Kämpfen Menschen in eine **antikapitalistische Perspektive** für eine **wirklich humane Gesellschaft** einzubinden. Für eine Gesellschaft der sozial Gleichen und Freien, ohne Ausbeutung, Erniedrigung, Demütigung und Diskriminierung. Ein solcher Kampf schafft die Herrschaft von Menschen über Menschen ab, beseitigt ihre Klassenfesseln und ermöglicht ihnen über ihr Leben und Arbeiten selbst zu bestimmen und eine solche Vielfalt an kulturellen Ausdrucksformen zu entfalten, wie es dem **ungeheuren, ungeweckten Potenzial** der Menschen entspricht.

No pasaran!

Stellungnahme des
BundessprecherInnenrates (BSR)
der **Ökologischen Linken** im April 2017